Nr. 228
B 112
Abend-Ausgabe
Berlin
Donnerstag, 16. Mai 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

„Graf Zeppelin" über Frankreich

Nach glattem Start zur zweiten Amerika-Fahrt

Am Donnerstag früh 5.58 Uhr ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" unter der Führung Dr. Eckeners in Friedrichshafen zu seinem zweiten Amerikaflug aufgestiegen. Der Start ging glatt vonstatten. Das Wetter war wolkig. Zunächst ging die Fahrt über Konstanz nach Basel, das um 7.25 Uhr erreicht und in 400 Meter Höhe überflogen wurde. Hier wurde auch die erste Luftpost abgeworfen. Um 10.10 passierte das Luftschiff Lyon.

Die erste Funkmeldung unseres an Bord des Luftschiffes befindlichen Sonderberichterstatters über den bisherigen Verlauf der Fahrt lautet:

Copyright Ullsteindienst und New York Times
Nachdruck auch auszugsweise verboten.

An Bord des „Graf Zeppelin", 16. Mai

Der Aufstieg ging um 5.58 Uhr früh glatt und schnell vonstatten. Das Wetter war leider trübe. Die Fahrtrichtung des Schiffes ist auf Marseille—Gibraltar. Zwischen Konstanz und Basel wurde es von schweizer Flugzeugen geleitet, deren Insassen winkten; wir winkten wieder. Das ergibt eine eigentümliche Sensation und ist dabei doch scheinbar selbstverständlich. Die Passagiere sind in bester Stimmung.

Die Wetteraussichten

Nach den Wetterberichten der Hamburger Seewarte liegt jetzt westlich von Portugal ein ausgedehntes Hochdruckgebiet. Bis in die Gegend der Azoren dagegen reichen die Ausläufer eines zwischen Neufundland und Irland sich hinziehenden Tiefdruckgebietes hin. Bessere Wetterverhältnisse wird das Luftschiff dann wieder im Westatlantik finden, wo westlich der Azoren bis nach Florida hin ein Hochdruckgebiet lagert, das vielfach heiteres und schwachwindiges Wetter bringen wird.

300 Millionen werden aufgelegt

Am 24. Mai

Die neue Reichsanleihe soll am 24. Mai zur Zeichnung aufgelegt werden. Wie wir erfahren, hat der Reichsfinanzminister die Absicht, nicht den vollen Betrag der vom Reichstag bewilligten Anleihe zu begeben, sondern zunächst nur 300 Millionen und den Rest der Anleihe zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Kassenlage es erforderlich machen sollte.

Einzelheiten über die Zeichnungsbedingungen veröffentlichen wir im Finanz- und Handelsblatt.

Hundert Kilometer ohne Motor

Der Segelflugpreis der „Grünen Post"

Dem deutsch-österreichischen Segelflieger Robert Kronfeld gelang es, am Teutoburger Wald bei einer Flugdauer von 5½ Stunden den vom Verlag der „Grünen Post" in einer Höhe von 5000 Mark gestifteten Preis für einen Langstreckenflug von hundert Kilometern zu erringen.

Der Verlag hat dem Flieger telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt und ihn eingeladen, nach Berlin zu kommen, um den Preis persönlich in Empfang zu nehmen.

Ueber die Einzelheiten des Fluges berichten wir im Sportblatt.

Der Hamburger Hafenvertrag perfekt

Fast einstimmige Annahme in der „Bürgerschaft"

Hamburg, 16. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Der preußisch-hamburgische Hafenvertrag ist am Mittwoch abend von der Hamburger Bürgerschaft nach langwierigen Erörterungen angenommen worden, und zwar mit allen Stimmen gegen diejenigen der Kommunisten, also mit Zweidrittelmehrheit, die diese Entscheidung für Hamburg endgültig macht.

Der Hamburger Bürgerschaft wurde die Annahme des Antrages erleichtert dadurch, daß der Gesamthafen den Namen „Hamburger Hafen" tragen soll, was für die internationale Geltung Hamburgs als von entscheidender Bedeutung angesehen wird. Am meisten Bedenken erregt in Hamburg, wie der demokratische Redner, der demnächst in den Senat eintretende Chefredakteur Platen, hervorhob, die Autonomie der neuen Hafengesellschaft, die als Verwaltungsorgan der Hafengemeinschaft als „Mittegent" in Hamburg bezeichnet wurde.

Bürgermeister Petersen kennzeichnete die Vorlage als einen erheblichen Fortschritt in der vernünftigen Ausgestaltung des Niederelbe-Gebietes, aber auch nur als eine „Zwischenlösung". Das Wesentliche ist in diesem Abkommen eine völlig neue Einstellung beider Staaten. An Stelle der Grenzverlegung mit Kompetenzverschiebung ist heute die Gemeinschaftsarbeit ohne Grenzverlegung getreten. Das Problem ist gelöst worden, als ob es keine Grenzen gäbe. Diese Idee sei dankenswerterweise zunächst von Preußen zur Vereinigung der Atmosphäre gefunden worden. Die Zeit des Kampfes im Niederelbe-Gebiet müsse nun vorbei sein. „Der Widerhall der preußisch-hamburgischen Vereinbarungen im deutschen Volke war groß und nachhaltig, und wenn auch die hier getroffene Regelung nicht ohne weiteres übertragen werden kann auf andere Gebiete, so können wir doch feststellen, daß wir mit unserer Arbeit für das Niederelbe-Gebiet gute Vorarbeit auch für die Lösung des Reichsproblems geleistet haben."

Lebhafter Beifall begrüßte diese Ausführungen. Danach wurde der Vertrag angenommen.

Klärung der Maivorgänge?

Das, was in den ersten Maitagen dieses Jahres in Berlin sich zutrug, jene blutigen Zusammenstöße und Ereignisse, die einige zwanzig Todesopfer und über 100 Schwerverwundete forderten, werden sie jemals ganz geklärt werden können? Wenn man bedenkt, wie oft schon viel weniger kompliziertere Vorgänge durch die Zeugenaussagen in den Gerichtsfällen eher verwirrt als geklärt werden und wie nur durch die Autorität eines über den Vorgängen stehenden Juristen eine der verschiedenen möglichen Versionen zur „Tatsache" erhoben wird, muß man allen Bemühungen zur Klärung der Maivorgänge an sich schon skeptisch gegenüber stehen.

Als eine vollständige Unmöglichkeit erscheint es aber, wenn sich ein „Ausschuß zur Untersuchung der Maivorgänge" konstituiert, dem neben einigen bürgerlich-radikalen Intellektuellen wie Stefan Großmann und Carl von Ossietzky im wesentlichen Kommunisten angehören. Was kann dieser Ausschuß, selbst wenn man bei allen seinen Mitgliedern den Willen zur Objektivität voraussetzen wollte — eine Voraussetzung, die bei den kommunistischen Mitgliedern schon auf Grund ihrer parteipolitischen Bindungen nicht erwartet werden darf — für die Klärung der Maivorgänge leisten?

Er kann — was er auch zu tun sich bemüht — Zeugenaussagen von Geschädigten und Verletzten sammeln, er kann Protokolle anfertigen über die Wahrnehmungen von Straßenpassanten, aber er wird daraus kaum ein neues Bild gewinnen können, denn schon aus den offiziellen Angaben der Polizei ergab sich ja, daß ein erschreckend hoher Prozentsatz der blutigen Verluste von völlig Unbeteiligten gestellt worden ist, und daß die friedliche und unbeteiligte Bevölkerung der Unruhegegenden am schwersten in den ersten Maitagen gelitten hat.

Die Frage der Verantwortung an den Opfern wird keine derartige Untersuchung beantworten können. Aber gerade darauf käme es an und das wünscht auch jener Ausschuß. Daß sein Urteil — wie dies bereits gestern bei einer Sitzung des Ausschusses, zu der die Presse geladen war, klar wurde — bereits jetzt feststeht, ist kein Zeichen für die notwendige Objektivität. Wie kann sie aber auch erwartet werden, wenn die „Untersuchung" oder doch ihre Auswertung von kommunistischen Abgeordneten beeinflußt wird, deren Beurteilung der gesamten Vorgänge von vornherein festgelegt ist?

Der demokratische Landtagsabgeordnete Nuschke, der zunächst seine Mitarbeit zugesagt hatte, hat sich bereits zurückgezogen, wahrscheinlich, weil er selber nicht an einen Erfolg der Arbeiten glaubt. Und so wird man denn kein anderes Resultat der Untersuchung erwarten dürfen, als das, was den Kommunisten aus parteipolitischen Gründen das einzig erträgliche ist, nämlich eine hundertprozentige Verurteilung der Polizei und einen hundertprozentigen Freispruch der Kommunisten, die zu gleicher Zeit sich in Moskau als siegreiche Barrikadenkämpfer feiern lassen. Der Sache der Wahrheit ist damit nicht gedient.

Hundert Jahre Stuttgarter Hochschule

Der Reichskanzler als Gast

An der Hundertjahrfeier der Technischen Hochschule Stuttgart nahmen als Vertreter der Reichsregierung Reichskanzler Müller und Reichsminister Severing teil. Auch der Außenminister Dr. Stresemann wird erwartet.

Bei dem Festakt im Landestheater hielt Kultusminister Bazille eine Rede, in der er mitteilte, daß 150 000 Mark für einen Sportplatz der Hochschule verwendet werden sollen. Dann folgte ein Exkurs auf das politische Gebiet. Herr Bazille erklärte, daß die Hochschule außer der Pflege der Wissenschaft und Kunst die nationale Aufgabe habe, die studierende Jugend zu Vorkämpfern gegen das schmachvolle Unrecht zu machen, das Deutschland mit der „Kriegsschuldlüge" angetan worden ist. Erst, wenn dieser Drachen, der vor dem Tempel des Friedens liege, erschlagen sei, könne die Menschheit auf eine Zeit hoffen, in der die Künste und Wissenschaften und alle anderen Segnungen des Friedens sich frei werden entfalten können.

Reichsminister des Innern Severing, der darauf das Wort nahm, sprach von der Notwendigkeit, zu einer richtigen Einordnung des technischen Schaffens in das Ganze der menschlichen Kultur vor allem dadurch beizutragen, daß die Technische Hochschule der Allgemeinheit und der studentischen Generation noch mehr als bisher das Bewußtsein vermittelt, daß über allem technischen Gesetz, über aller technischen Erfindung und industriellen Auswertung, über aller Nationalisierung des technischen Arbeitsprozesses der Adel der Menschenwürde aller derjenigen steht, die in den technischen Arbeitsgang eingegliedert sind.

Technischer Fortschritt ist, so betonte der Minister, kultureller Rückschritt, wenn er mit Verlusten an menschlichem Seelengut erkauft wird. **Menschliches Empfinden wehrt sich schaudernd gegen den Gedanken, daß die gewaltige Macht der Technik noch einmal zu so grausigen Dingen wie im Krieg berufen werden könnte. Die deutsche Technik ist dem Friedenswerk wiedergegeben und kann alle ihre Kraft darauf verwenden, die menschliche Wohlfahrt zu fördern.** Möge das Beginnen des zweiten Jahrhunderts den Anteil der Hochschule Stuttgart an der Entwicklung technischer Wissenschaft und technischen Werkes mehren zum Wohle Deutschlands und der Menschheit.

Für eine Provinz Thüringen

Bei einer Tagung des Kreisvereins Arnstadt der Deutschen Volkspartei erklärte sich Staatsminister a. D. Bauer-Sondershausen für den Anschluß von Thüringen an Preußen. Finanziell könne Thüringen bei seinem großen Vermögen an Forsten, Domänen und Kaliantteilen durchaus selbständig bestehen, aber politisch sei der Anschluß eine Notwendigkeit. Allerdings dürfe Thüringen nicht ein Anhängsel der Provinz Sachsen werden, sondern nur eine durch preußische Gebietsteile abgerundete besondere preußische Provinz Thüringen. Die von verschiedenen Kreisen befürwortete Errichtung eines Staates „Mitteldeutschland" lehnte der Redner ab.

0199